V e r t r a g

zwischen

der Schweiz und Italien, betreffend die postamtlichen
Geldanweisungen.

(Vom 30. Oktober 1865.)

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft und S. M. der König von Italien, von der Zweckmäßigkeit überzeugt, den Verkehr der postamtlichen Geldanweisungen zwischen der Schweiz und Italien durch einen neuen Vertrag zu reguliren, haben als Bevollmächtigte zu diesem Zwecke ernannt:

Der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft:
Herrn Jean Baptiste Pioda, seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem König von Italien;

Seine Majestät der König von Italien:
den Herrn Ritter Dr. Etienne Jacini, Großoffizier seines Ordens der Heiligen Mauritius und Lazarus, seinen Minister Staatssekretär für die öffentlichen Arbeiten;

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer Vollmachten, sich über folgende Artikel verständigt haben:

Art. I.

Durch Vermittlung der Post können sowohl von Italien und den italienischen Postbüreauz im Auslande nach der Schweiz, als von der Schweiz nach Italien und den italienischen Büreauz im Auslande Geldsendungen stattfinden.

Diese Sendungen werden durch besondere, mit Mandats d'articles d'argent sur l'étranger bezeichnete Gelbanweisungen vermittelt, welche von italienischen Bureaux auf Schweizerische Bureaux und umgekehrt ausgestellt werden.

Art. II.

Diese Gelbanweisungen können durch Indossement an einen Andern übertragen werden.

Sobald die Zahlung stattgefunden hat, ist sowohl die ausstellende als die bezahlende Verwaltung jeder Verantwortlichkeit enthoben.

Art. III.

Von den durch Gelbanweisungen beförderten Summen ist bis auf 100 Franken für je 10 Franken, oder Bruchtheil von 10 Franken, eine Gebühr von 10 Rp. zu erheben.

Bei Summen über 100 Fr. ist für je weitere 50 Fr. oder Bruchtheil von 50 Fr. eine Gebühr von 20 Rp. hinzuzufügen.

Diese Tage wird zwischen den beiden Postverwaltungen der Schweiz und Italiens zu gleichen Theilen getheilt.

Art. IV.

Es wird ausdrücklich vereinbart, daß die in Ausführung des Art. I hievor ausgestellten Gelbanweisungen unter keinem Vorwande und unter keinem Namen, außer den durch Art. III hievor festgesetzten Tage, mit einer Tage irgend welcher Art belegt werden dürfen.

Art. V.

Die von jeder der beiden Verwaltungen gegen Ausstellung von Gelbanweisungen einkassirten Summen, deren Betrag von den Berechtigten inner 8 Jahren, vom Datum der Einzahlung an, nicht erhoben worden ist, fallen definitiv derjenigen Verwaltung zu, welche diese Anweisungen ausgestellt hat.

Art. VI.

Die beiden Verwaltungen der Schweiz und Italiens werden im gemeinsamen Einverständniß das Maximum des Betrages der Gelbanweisungen festsetzen; sie werden die Bureaux, welche Gelbanweisungen auszustellen und zu bezahlen ermächtigt sind, bezeichnen und alles dasjenige ordnen, was für die Ausführung der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages nothwendig ist.

Die oben erwähnten Ausführungsbestimmungen können jedoch so oft abgeändert werden, als es die beiden Verwaltungen im gemeinsamen Einverständniß nothwendig erachten.

Art. VII.

Vom Tage der Ausführung des gegenwärtigen Vertrages an sind alle früheren Vereinbarungen und Bestimmungen über Gelbanweisungen zwischen dem Königreich Italien und der schweizerischen Eidgenossenschaft aufgehoben.

Art. VIII.

Der gegenwärtige Vertrag tritt mit dem durch die beiden Kontrahenten gemeinsam festzusetzenden Tage in Kraft.

Er bleibt von Jahr zu Jahr so lange verbindlich, bis einer der kontrahirenden Theile dem andern, aber drei Monate zum Voraus, die Absicht mitgetheilt hat, den Vertrag aufzuheben.

Art. IX.

Dieser Vertrag ist zu ratifiziren, und die Ratifikationen sind so bald als möglich auszuwechseln.

Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihr Wappenstempel beigedruckt.

Geschehen in Florenz, in doppelter Ausfertigung, am 30. Oktober im Jahre des Heils 1865.

(Geg.) J. B. Pioda.
(L. S.)

(Geg.) G. Jacini.

Concession

für

den Bau und Betrieb einer Eisenbahn Norschach-Romanshorn auf thurgauischem Gebiet.

(Vom 13. Februar/7. Juni 1865.)

Der Große Rath des Kantons Thurgau,

auf die von der Direktion der schweizerischen Nordostbahngesellschaft mit Schreiben vom 19. November 1864 abgegebene Erklärung, daß sie von dem ihr nach Maßgabe des Concessions-Vertrages für eine Eisenbahn von Islikon nach Romanshorn vom 8. December 1852 und der zwischen den Kantonen St. Gallen und Thurgau betreffend den Bau von Eisenbahnen auf ihrem Gebiete abgeschlossenen Uebereinkunft vom 8. März, 7. Juni und 30. September 1853 für den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Norschach nach Romanshorn auf thurgauischem Gebiet zustehenden Rechte Gebrauch machen wolle, und auf das um Ertheilung der bezüglichen Concession gestellte Gesuch,

b e s c h l i e ß t :

Art. 1. Die nachgesuchte Concession wird der Eingangs erwähnten Gesellschaft unter den in den nachfolgenden Artikeln enthaltenen Bedingungen ertheilt, wobei übrigens gemäß § 2 des Bundesgesetzes über den Bau und den Betrieb der Eisenbahnen im Gebiete der Eidgenossenschaft, vom 28. Heumonath 1852, die Genehmigung der schweizerischen Bundesversammlung vorbehalten bleibt.

Art. 2. Die Concession wird bis zum 1. Mai 1957 ertheilt.

Nach Ablauf dieses Zeitraums soll die Concession nach einer dannzumal zu treffenden Uebereinkunft erneuert werden, wenn sie in Folge mittlerweile eingetretenen Rückkaufes erloschen ist.

Art. 3. Der Kanton Thurgau verpflichtet sich, während der nächsten 30 Jahre, vom Tage der Genehmigung der gegenwärtigen Concession durch die Bundesversammlung an gerechnet, weder eine Eisenbahn in der Richtung von Korschach nach Romanshorn selbst auszuführen, noch eine Concession für die Herstellung einer solchen Bahn zu ertheilen.

Der Kanton Thurgau verpflichtet sich im Fernern, falls es sich um Verleihung einer Concession für Ausführung einer Zweigbahn oder einer sonst irgend wie in die concedirte Bahnlinie von Korschach nach Romanshorn einmündenden Eisenbahn handeln sollte, bei übrigens gleichen Bedingungen der Gesellschaft, welcher die gegenwärtige Concession ertheilt wird, den Vorrang vor allen Bewerbern einzuräumen.

Art. 4. Das Domizil der Gesellschaft ist in Zürich.

Die Gesellschaft kann jedoch für Verbindlichkeiten, welche in dem Kanton Thurgau eingegangen werden oder in demselben zu erfüllen sind, in Frauenfeld belangt werden, und für dingliche Klagen gilt der Gerichtsstand der gelegenen Sache.

Art. 5. Die Actiengesellschaft hat vor dem Beginn der Bauarbeiten einen Plan über die Eisenbahnbauten, und zwar insbesondere über die der Bahn zu gebende Richtung, die Anlegung der Bahnhöfe und Stationen, sowie die in Folge der Erstellung der Eisenbahn erforderlich werdenden Veränderungen an Straßen und Gewässern dem Regierungsrathe vorzulegen. Sie ist verpflichtet, allfälligen auf Abänderung des Planes gerichteten Begehren des Regierungsrathes, soweit ihr daraus kein erheblicher Nachtheil erwächst, Rechnung zu tragen. Streitigkeiten, welche dießfalls entstehen möchten, sind schiedsgerichtlich auszutragen.

Diese Bestimmung findet auch für den Fall, daß später von dem ursprünglichen Plane abgewichen werden wollte, analoge Anwendung.

Art. 6. Binnen einer Frist von 15 Monaten, von dem Zeitpunkte an gerechnet, mit welchem die gegenwärtige Concession in Kraft tritt, hat die Gesellschaft den Anfang mit den Erdarbeiten für die Erstellung der Bahn zu machen und sich zugleich bei dem Regierungsrathe zur Befriedigung desselben über die gehörige Fortführung der Bahnunternehmung auszuweisen. Sollte nicht innerhalb der anberaumten Frist diesen beiden Verpflichtungen ein Genüge gethan werden, so ist die gegenwärtige Concession als erloschen zu betrachten.

Art. 7. Die Gesellschaft hat auf ihre Kosten die geeigneten Vorkehrungen zu treffen, damit die Communication zu Land und zu Wasser, bestehende Wasserleitungen u. dgl. weder während des Baues der Bahn, noch später durch Arbeiten zu dem Zwecke der Unterhaltung derselben unterbrochen werden. Für unvermeidliche Unterbrechungen ist die Zustimmung der betreffenden Behörde erforderlich. Gerüste, Brücken und andere ähnliche Vorrichtungen, welche behufs Erzielung einer solchen ungestörten Verbindung zu zeitweisigem Gebrauche errichtet werden, dürfen dem Ver-

kehr nicht übergeben werden, bevor die betreffende Behörde sich von ihrer Solidität überzeugt und in Folge dessen ihre Benutzung gestattet hat. Die diesfällige Entscheidung hat jeweilen mit thunlichster Beförderung zu erfolgen. Dabei liegt jedoch immerhin, falls in Folge ungehöriger Ausführung solcher Bauten Schaden entstehen sollte, die Pflicht, denselben zu ersetzen, der Gesellschaft ob.

Art. 8. Es bleibt der Gesellschaft überlassen, die Bahn ein- oder zweispurig zu erstellen. Sollte der Regierungsrath die Anbringung eines zweiten Geleises für nothwendig halten, die Gesellschaft aber dieselbe verweigern, so wäre ein daheriger Konflikt schiebsgerichtlich auszutragen.

Art. 9. Die Bahn ist sammt dem Materiale und den Gebäulichkeiten, welche dazu gehören, auf das Beste, namentlich aber auch in einer, volle Sicherheit für ihre Benutzung gewährenden Weise herzustellen und sodann fortwährend in untadelhaftem Zustande zu erhalten.

Art. 10. Die Bahn darf dem Verkehr nicht übergeben werden, bevor der Regierungsrath, in Folge einer mit Rücksicht auf die Sicherheit ihrer Benutzung vorgenommenen Untersuchung und Erprobung derselben in allen ihren Bestandtheilen, die Bewilligung dazu erteilt hat.

Auch nachdem die Bahn in Betrieb gesetzt worden, ist der Regierungsrath jederzeit befugt, eine solche Untersuchung anzuordnen. Sollten sich dabei Mängel herausstellen, welche die Sicherheit der Benutzung der Bahn gefährden, so ist der Regierungsrath ermächtigt, die sofortige Beseitigung solcher Mängel von der Gesellschaft zu fordern und, falls von der letztern nicht entsprochen werden wollte, selbst die geeigneten Anordnungen zur Abhülfe zu treffen.

Art. 11. Die Eisenbahnunternehmung unterliegt mit Vorbehalt der in dieser Concessionsurkunde enthaltenen Beschränkungen im Uebrigen gleich jeder andern Privatunternehmung den allgemeinen Gesetzen und Verordnungen des Landes.

Art. 12. Die Eisenbahngesellschaft als solche ist sowohl für ihr Vermögen als für ihren Erwerb in Folge des Betriebes der Bahn von der Entrichtung aller Kantonal- und Gemeindesteuern befreit.

Diese Bestimmung findet jedoch auf Gebäulichkeiten und Liegenschaften, welche sich, ohne eine unmittelbare und nothwendige Beziehung zu der Eisenbahn zu haben, in dem Eigenthume der Gesellschaft befinden möchten, keine Anwendung.

Art. 13. Die Handhabung der Bahnpolizei liegt zunächst der Gesellschaft ob. Dabei bleiben jedoch dem Polizeidepartement, beziehungsweise dem Regierungsrathe, die mit der Ausübung ihres Obergewaltrechtes verbundenen Befugnisse im vollen Umfange vorbehalten.

Die nähern Vorschriften betreffend Handhabung der Bahnpolizei werden in einem von der Gesellschaft zu erlassenden, jedoch der Genehmigung des Regierungsrathes zu unterlegenden Reglemente aufgestellt.

Art. 14. Die Beamten und Angestellten der Gesellschaft, welchen die Ausübung der Bahnpolizei übertragen wird, müssen mindestens zur Hälfte Schweizerbürger sein.

Sie sind von dem Polizeidepartement für getreue Pflichterfüllung in's Handgelübde zu nehmen. Während sie ihren Dienstverrichtungen obliegen, haben sie in die Augen fallende Abzeichen zu tragen.

Es steht ihnen die Befugniß zu, Solche, welche den Bahnpolizeivorschriften zuwider handeln sollten, im Betretungsfalle sofort festzunehmen. Sie haben dieselben dann jedoch sofort an die betreffenden Vollziehungsbeamten, welche die weiter erforderlichen Maßregeln ergreifen werden, abzuliefern.

Wenn das Polizeidepartement die Entlassung eines Bahnpolizeiangestellten wegen Pflichtverletzung verlangt, so muß einem solchen Begehren, immerhin jedoch unter Vorbehalt des Rekurses an den Regierungsrath, entsprochen werden.

Art. 15. Wenn nach Erbauung der Eisenbahn neue Straßen, Kanäle oder Brunnenleitungen, welche die Bahn kreuzen, von Staats- oder Gemeindefwegen angelegt werden, so hat die Gesellschaft für die daheringe Inanspruchnahme ihres Eigenthums, sowie für die Vermehrung der Bahnwärter und Bahnwirthhäuser, welche dadurch nothwendig gemacht werden dürfte, keine Entschädigung zu fordern. Dagegen fällt die Herstellung, sowie die Unterhaltung auch derjenigen Bauten, welche in Folge der Anlage solcher Straßen, Kanäle u. s. f. zu dem Zwecke der Erhaltung der Eisenbahn in ihrem unverkümmerten Bestande erforderlich werden, ausschließlich dem Staate, beziehungsweise den betreffenden Gemeinden zur Last.

Art. 16. Die Beförderung der Personen auf der Eisenbahn soll zwischen Morschach und Romanshorn, sowie auch umgekehrt, mindestens zwei Mal täglich stattfinden.

Art. 17. Der Transport auf der Eisenbahn findet vermitteltst Personenzügen und je nach Bedürfniß auch vermitteltst Waarenzügen statt.

Art. 18. Die Personenzüge sollen mit einer mittlern Geschwindigkeit von mindestens fünf Wegstunden in einer Zeitstunde transportirt werden.

Art. 19. Waaren, welche mit Waarenzügen transportirt werden sollen, sind spätestens innerhalb der nächsten zwei Tage nach ihrer Ablieferung auf die Bahnhstation, den Ablieferungstag selbst nicht eingerechnet, zu spediren, es wäre denn, daß der Versender eine längere Frist gestatten würde.

Waaren, die mit den Personenzügen transportirt werden sollen, sind, wenn nicht außerordentliche Hindernisse eintreten, mit dem nächsten Zuge dieser Art zu befördern. Zu diesem Ende hin müssen sie aber

mindestens eine Stunde vor dem Abgange desselben auf die Bahnstation gebracht werden.

Art. 20. Für die Beförderung der Personen vermittelt der Personenzüge werden mindestens drei Wagenklassen aufgestellt. Die Wagen sämtlicher Klassen müssen zum Sitzen eingerichtet und mit Fenstern versehen sein.

Es sollen auch mit den Waarenzügen Personen befördert werden können.

Art. 21. Die Gesellschaft wird ermächtigt, für den Transport von Personen vermittelt der Personenzüge Taxen bis auf den Betrag folgender Ansätze zu beziehen:

In der 1. Wagenklasse bis auf 50 Rp. per Schweizerstunde der Bahnlänge.

In der 2. Wagenklasse bis auf 35 Rp. per Schweizerstunde der Bahnlänge.

In der 3. Wagenklasse bis auf 25 Rp. per Schweizerstunde der Bahnlänge.

Kinder unter 10 Jahren zahlen in allen Wagenklassen die Hälfte. Für das Gepäck der Passagiere, worunter aber kleines Handgepäck, das kostenfrei befördert werden soll, nicht verstanden ist, darf eine Taxe von höchstens 12 Rp. per Zentner und Stunde bezogen werden. Die Taxe für die mit Waarenzügen beförderten Personen soll niedriger sein als die für die Reisenden mit den gewöhnlichen Personenzügen festgesetzt.

Art. 22. Für den Transport von Vieh mit Waarenzügen dürfen Taxen bis auf den Betrag folgender Ansätze bezogen werden:

Für Pferde, Maulthiere und Esel das Stück bis auf 80 Rp. per Stunde.

Für Stiere, Ochsen und Kühe das Stück bis auf 40 Rp. per Stunde.

Für Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Hunde das Stück bis auf 15 Rp. per Stunde.

Die Taxen sollen für den Transport von Heerden, welche mindestens einen Transportwagen füllen, angemessen ermäßigt werden.

Art. 23. Die höchste Taxe, die für den Transport eines Zentners Waare vermittelt der gewöhnlichen Waarenzüge per Stunde bezogen werden darf, beträgt 5 Rp.

Für den Transport von barem Gelde soll die Taxe so berechnet werden, daß für Fr. 1000 per Stunde höchstens 5 Rp. zu bezahlen sind.

Art. 24. Für Wagen setzt die Gesellschaft die Transporttaxe nach eigenem Ermessen fest.

Art. 25. Wenn Vieh und Waaren mit Personenzügen transportirt werden sollen, so darf die Taxe für Vieh bis auf 40 % und diejenige der Waaren bis auf 100 % der gewöhnlichen Taxe erhöht werden.

Für Traglasten mit landwirthschaftlichen Erzeugnissen, welche von den mit einem Personenzuge reisenden Trägern in demselben Zuge, wenn auch in einem andern Transportwagen mitgenommen und am Bestimmungsorte sogleich in Empfang genommen werden, ist jedoch nicht diese erhöhte, sondern nur die gewöhnliche Waarentaxe zu bezahlen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zu bestimmen, daß Waarensendungen bis zu 50 Pfund stets mit den Personenzügen befördert werden sollen.

Art. 26. Bei der Berechnung der Taxen werden Bruchtheile einer halben Stunde für eine ganze halbe Stunde, Bruchtheile eines halben Zentners für einen ganzen halben Zentner; Bruchtheile von Fr. 500 bei Geldsendungen für volle Fr. 500 angeschlagen und überhaupt nie weniger als 25 Rp. für eine zum Transport ausgegebene Sendung in Ansatz gebracht.

Art. 27. Die in den vorgehenden Artikeln aufgestellten Taxbestimmungen beschlagen bloß den Transport auf der Eisenbahn selbst, nicht aber denjenigen nach den Stationshäusern der Eisenbahn und von denselben hinweg.

Art. 28. Die Gesellschaft ist verpflichtet, Militär, welches im Kantonaldienst steht, sowie dazu gehöriges Kriegsmaterial auf Anordnung der zuständigen Militärstelle um die Hälfte der niedrigsten bestehenden Tage durch die ordentlichen Personenzüge zu befördern.

Jedoch haben die betreffenden Kantone die Kosten, welche durch außerordentliche Sicherheitsmaßregeln für den Transport von Pulver und Kriegsfeuerwerk veranlaßt werden, zu tragen und für Schaden zu haften, der durch Beförderung der lehterwähnten Gegenstände ohne Verschulden der Eisenbahnverwaltung oder ihrer Angestellten verursacht werden sollte.

Art. 29. Die Gesellschaft ist verpflichtet, auf Anordnung der zuständigen Polizeistelle Solche, welche auf Rechnung des Kantons St. Gallen oder Thurgau polizeilich zu transportiren sind, auf der Eisenbahn zu befördern. Die Bestimmung der Art des Transportes, sowie der für denselben zu entrichtenden Taxen bleibt späterer Vereinbarung vorbehalten. Immerhin sollen die Taxen möglichst billig festgesetzt werden.

Art. 30. Wenn die Bahnunternehmung drei Jahre nacheinander einen 10% übersteigenden Kleinertrag abwirft, so ist der Betrag der Transporttagen, der laut der Bestimmungen dieser Konzessionsurkunde in dem von der Gesellschaft aufzustellenden Tarife nicht überschritten werden darf, gemäß einer zwischen dem Regierungsrathe und der Gesellschaft zu treffenden Vereinbarung herabzusetzen. Kann eine solche Verständigung nicht erzielt werden, so tritt schiedsgerichtliche Entscheidung ein.

Art. 31. So weit der Bund nicht bereits von dem Rückkaufsrechte Gebrauch gemacht oder von demselben Gebrauch machen zu wollen erklärt hat, ist der Kanton Thurgau berechtigt, die Eisenbahn sammt dem Ma-

teriale, den Gehäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90. und 99. Jahres, vom 1. Mai 1858 an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen vier Jahr und zehn Monate zum Voraus hievon benachrichtigt hat.

Von diesem Rückkaufsrechte darf jedoch nur Gebrauch gemacht werden, falls die ganze Bahn Norschach-Romanshorn-Winterthur-Zürich-Aarau sammt der Abzweigung Turgi-Koblenz (Mitte Rhein) der Nordostbahngesellschaft abgenommen wird.

Art. 32. Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die letztere schiedsgerichtlich bestimmt. Für die Ausmittelung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

- a) im Falle des Rückkaufs im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen zehn Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Kanton Thurgau den Rückkauf erklärt, unmittelbar vorangehen, im Falle des Rückkaufes im 75. Jahre der 22¹/₂fache und im Falle des Rückkaufes im 90. Jahre der 20fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen;
- b) im Falle des Rückkaufes im 99. Jahre ist die mutmaßliche Summe, welche die Erstellung der Bahn und die Einrichtung derselben zum Betriebe in diesem Zeitpunkte kosten würde, als Entschädigung zu bezahlen;
- c) die Bahn sammt Zubehörde ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rückkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Kanton Thurgau abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rückkaufssumme in Abzug zu bringen. Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind schiedsgerichtlich auszutragen.

Art. 33. Nach Vollendung der Bahn ist eine Rechnung über die gesammten Kosten, sowohl der Anlage derselben als auch der Einrichtung zum Betriebe, theils dem Archive des Kantons Thurgau, theils demjenigen der Gesellschaft einzuverleiben.

Wenn später entweder weitere Bauarbeiten, welche nicht bloß zur Unterhaltung der Bahn dienen, ausgeführt werden, oder das Betriebsmaterial vermehrt wird, so sind die Rechnungen über die dadurch veranlaßten Kosten in die beiden erwähnten Archive niederzulegen. In diesen Archiven einverleibten Rechnungen ist jeweilen die Anerkennung der

Richtigkeit derselben sowohl von Seite des Regierungsrathes als von Seite der Gesellschaft einzutragen.

Art. 34. Die Gesellschaft ist verpflichtet, alljährlich den Jahresbericht ihrer Direktion, eine Uebersicht der Jahresrechnung und einen Auszug aus dem Protokolle über die während des betreffenden Jahres von der Generalversammlung gepflogenen Verhandlungen dem Regierungsrathe einzusenden.

Art. 35. Außer den in den Art. 5, 8, 30 und 32 vorgesehenen Fällen sind im Weiteren alle Streitigkeiten privatrechtlicher Natur, welche sich auf die Auslegung dieser Concessionsurkunde beziehen, schiedsgerichtlich auszutragen.

Art. 36. Für die Entscheidung der, gemäß der Bestimmungen dieser Concessionsurkunde auf schiedsgerichtlichem Wege auszutragenden Streitfälle wird das Schiedsgericht jeweilen so zusammengesetzt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter erwählt und von den letztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreivorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorge schlagenen zu streichen hat.

Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichts.

Art. 37. Der Regierungsrath ist mit den in Folge der Ertheilung dieser Concession erforderlichen Vorkehrungen beauftragt.

Gegeben Weinfelden den 7. Juni 1865.

Der Präsident des Großen Rathes :

Häberlin.

(L. S.)

Die Sekretärs :

Meßmer.

Burkhardt.

**Vertrag zwischen der Schweiz und Italien, betreffend die postamtlichen Geldanweisungen.
(Vom 30. Oktober 1865.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1865
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	49
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.11.1865
Date	
Data	
Seite	840-850
Page	
Pagina	
Ref. No	10 004 938

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.